

Vorlage der Verwaltung	Fachbereich: Planen, Bauen, Wohnen	Datum: 02.01.2019	Genehmigungsvermerk
Tagesordnungspunkt 1.2	Bezeichnung der Vorlage: Mitteilungen WBUV -öffentlicher Teil-		Datum: 31.01.2019
Vorlage-Nr: VO/0002/19			Bürgermeister: Gez. Stock
Zu beraten im:			
Ö/N	Datum	Gremium	
Ö	12.02.2019	Ausschuss für Wohnen, Bauen, Umwelt und Vergabe (2017)	

Sachverhalt:

1. Liste der offenen Anträge der Fraktionen sowie der Bürgeranträge

Die aktuelle Liste der noch unerledigten Anträge der Fraktionen nach § 2 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Wegberg sowie der Bürgeranträge, die in die Zuständigkeit des Ausschusses für Wohnen, Bauen, Umwelt und Vergabe fallen, ist der Sitzungsvorlage als Anlage 1 beigelegt.

2. Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 07.11.2018

Die Fraktion DIE LINKE hat den als Anlage 2 der Beratungsvorlage beigelegten Antrag gestellt. Dieser wird dem Fachausschuss zur Kenntnis gebracht.

3. Einführung eines verschmutzungsabhängigen Gebührenmaßstabes bei der Ermittlung der Abwassergebühren; Änderung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die städtische Abwasseranlage (Entwässerungssatzung) sowie der Satzung über die Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen und Abwassergebühren

Der Rat der Stadt Wegberg hat die Verwaltung beauftragt, eine neue Abwassergebührensatzung mit einem verschmutzungsabhängigen Gebührenmaßstab („Starkverschmutzerzuschlag“) vorzubereiten. In den Sitzungen des Fachausschusses und im Rat wurde mehrfach hierzu berichtet.

Die Stadt hat in enger Zusammenarbeit in rechtlicher und technischer Hinsicht mit der Kommunal Agentur NRW GmbH sowie dem Forschungsinstitut für Wasser- und Abfallwirtschaft an der RWTH Aachen die zur Einführung der neuen Gebührensystematik erforderlichen Satzungsentwürfe erarbeitet. Für die erstmalige Erhebung der Abwassergebühren ab dem 01.01.2020 unter Berücksichtigung des modifizierten Gebührensystems sind die Entwässerungssatzung und die Gebührensatzung durch Ratsbeschluss zu ändern.

Mittlerweile liegen die unter den Beteiligten abgestimmten Endfassungen der Satzungsentwürfe vor.

Die Entwürfe mit einer ausführlichen Herleitung der Berechnungsformel einschließlich der Erläuterungen zu den Auswirkungen des „Starkverschmutzerzuschlages“ auf die Höhe der Gebühr für das kommunale Abwasser (häusliche Abwasser) sollen in der Fachausschusssitzung am 26.03.2019 vorgestellt werden.

4. Einleitung aus der Kläranlage Wegberg-Mitte in die Schwalm

Mit Schreiben vom 24.01.2019 hat die Bezirksregierung Köln der Stadt Wegberg den Entwurf des Erlaubnisbescheids für die Einleitung von gereinigtem Abwasser, aus der Kläranlage Wegberg-Mitte in die Schwalm, zur Anhörung zugesandt.

Nach Prüfung durch den Fachbereich 302 wurde der Bezirksregierung Köln am 30.01.2019 mitgeteilt, dass die Stadt Wegberg keine Bedenken und Anmerkungen zum Entwurf hat.

Die im Entwurf enthaltenen Einleitwerte für die Kläranlage entsprechen denen aus der Genehmigung aus dem Jahr 1991 und gelten für einen Zeitraum von zunächst 3 Jahren.

Die Bezirksregierung weist jedoch bereits darauf hin, dass für die zukünftige Einleitung aus der Kläranlage (nach dem 01.01.2022) mit geringeren Überwachungswerten gerechnet werden muss.

Grundlage sind die Ergebnisse aus der sich in Bearbeitung befindlichen Vollzugshilfe zur Oberflächengewässerverordnung.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Wohnen, Bauen, Umwelt und Vergabe nimmt Kenntnis.

Kosten und Finanzierung:

-keine-

Alternativen:

-keine-

Anlage/n:

- Liste der offenen Anträge, Stand: 10.01.2019
- Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 07.11.2018

Unterschrift d. federführenden Fachbereichleiters/Dezernenten		Gegenzeichnung d. beteiligten Fachbereichsleiter/Dezernenten
Gez. Heilwagen	FBL 301	
Gez. Gaspers	FBL 302	
Gez. Thies	Techn. Beigeordn.	

Liste der offenen Anträge

nach § 2 der Geschäftsordnung sowie der Bürgeranträge

für den Ausschuss für Wohnen, Bauen, Umwelt und Vergabe (WBUV)

Stand: 10.01.2019

Lfd.-Nr.	Datum des Antrags	Bezeichnung	Antragsteller	Einbringung ist erfolgt am	Federführender Fachbereich	Bisheriger Verlauf / aktueller Sachstand	Status des Antrages
1.	06.12.2012	Wiedereinführung eines Starkverschmutzerzuschlags zum nächstmöglichen Termin	SPD-Fraktion	18.12.2012 (Rat)	FB 302 - Umwelt, Verkehr, Abwasser	Durch das Forschungsinstitut für Wasser- und Abfallwirtschaft an der RWTH Aachen erfolgte in der Sitzung des WBUV vom 28.03.2017 (TOP 3.2) eine ausführliche Präsentation hierzu. Die Verwaltung wurde beauftragt die Vorbereitungen für die Einführung eines Starkverschmutzerzuschlages zum 01.01.2019 zu treffen. In der Sitzung des WBUV am 20.11.2018 (TOP 3.2) erfolgte eine Sachstandsmitteilung.	Erledigt durch Vorlage VO/4017/17 Umsetzung steht aus
2.	05.02.2015	Erstellung eines Masterplanes für die Stadtentwicklung	SPD Fraktion	10.03.2015 (Rat)	FB 301 – Planen, Bauen, Wohnen	Der Rat hat in seiner Sitzung am 20.12.2016 die Auftragsvergabe zur Erstellung eines Masterplanes für den Siedlungsschwerpunkt Wegberg beschlossen (TOP 16.1) Die Endfassung des Masterplans wurde dem Ausschuss in der Sitzung am 03.07.2018 unter TOP 1.2.5 zur Verfügung gestellt. Die diesbezügliche Bürgerinformationsveranstaltung ist bisher noch nicht erfolgt.	Erledigt VO/0157/18

Liste der offenen Anträge

nach § 2 der Geschäftsordnung sowie der Bürgeranträge

für den Ausschuss für Wohnen, Bauen, Umwelt und Vergabe (WBUV)

Stand: 10.01.2019

Lfd.-Nr.	Datum des Antrags	Bezeichnung	Antragsteller	Einbringung ist erfolgt am	Federführender Fachbereich	Bisheriger Verlauf / aktueller Sachstand	Status des Antrages
3.	11.02.2015	Ausweisung der Fläche zwischen In Gerichhausen und dem Grenzlandring (L400) im Rahmen der Bauleitplanung als Wohn- und Gewerbebaufläche	Fraktion Freie Wähler	10.03.2015 (Rat)	FB 301 – Planen, Bauen, Wohnen	Der Rat hat in seiner Sitzung am 20.12.2016 die Auftragsvergabe zur Erstellung eines Masterplanes für den Siedlungsschwerpunkt Wegberg beschlossen (TOP 16.1)	offen Siehe oben (Masterplan)
4.	11.02.2015	Bebauungsplan Beeck (Fläche zwischen Grenzlandring, Holtumer Str. und Schulgelände)	Fraktion Freie Wähler	10.03.2015 (Rat)	FB 301 – Planen, Bauen, Wohnen	Der Rat hat in seiner Sitzung am 20.12.2016 die Auftragsvergabe zur Erstellung eines Masterplanes für den Siedlungsschwerpunkt Wegberg beschlossen (TOP 16.1)	offen Siehe oben (Masterplan)
5.a)	26.04.2016	Anderweitige Nutzung von Friedhofsreserveflächen Hier: Beeck	CDU-Fraktion	14.06.2016 (Rat)	FB 301 - Planen, Bauen, Wohnen	Der Antrag wurde in der Sitzung des STEP am 22.11.2016 und des Rates am 20.12.2016 beraten (TOP 7.15.1) und die Verwaltung beauftragt, die Erweiterungsfläche in Beeck hinsichtlich einer Wohnbebauung näher zu prüfen. Aufgrund vertraglicher Regelungen wird eine Bearbeitung der Beecker Fläche aktuell zurückgestellt (Sitzung vom 28.11.2017 / TOP 1.2)	ruhend VO/3834/16

Liste der offenen Anträge

nach § 2 der Geschäftsordnung sowie der Bürgeranträge

für den Ausschuss für Wohnen, Bauen, Umwelt und Vergabe (WBUV)

Stand: 10.01.2019

Lfd.-Nr.	Datum des Antrags	Bezeichnung	Antragsteller	Einbringung ist erfolgt am	Federführender Fachbereich	Bisheriger Verlauf / aktueller Sachstand	Status des Antrages
5.b)	26.04.2016	Anderweitige Nutzung von Friedhofsreserveflächen Hier: Merbeck	CDU-Fraktion	14.06.2016 (Rat)	FB 301 - Planen, Bauen, Wohnen	Der Antrag wurde in der Sitzung des STEP am 22.11.2016 und des Rates am 20.12.2016 beraten (TOP 7.15.1) und die Verwaltung beauftragt, die Erweiterungsfläche in Merbeck hinsichtlich einer Wohnbebauung näher zu prüfen. Durch die Verwaltung wurde das landesplanerische Einvernehmen hinsichtlich einer Wohnbebauung bei der Bezirksregierung Köln angefragt. Hierzu erfolgte in der Sitzung des WBUV vom 03.07.2018 (TOP 1.2.4) eine Mitteilung. Für die Sitzung am 04.09.2018 wurde hierzu eine Beratungsvorlage eingebracht. Der Rat hat hierauf aufbauend am 18.09.2018 den Aufstellungsbeschluss zur Änderung des FNP's sowie zu einem entsprechenden Bebauungsplan getroffen (TOP 6.1.6) Eine Auftragsvergabe zur Erstellung der Planunterlagen kann im Hinblick auf die erforderlichen Haushaltsmittel frühestens in 2019 erfolgen.	erledigt VO/0195/VO Umsetzung steht aus

Liste der offenen Anträge

nach § 2 der Geschäftsordnung sowie der Bürgeranträge

für den Ausschuss für Wohnen, Bauen, Umwelt und Vergabe (WBUV)

Stand: 10.01.2019

Lfd.-Nr.	Datum des Antrags	Bezeichnung	Antragsteller	Einbringung ist erfolgt am	Federführender Fachbereich	Bisheriger Verlauf / aktueller Sachstand	Status des Antrages
6.	18.05.2016	Erweiterung des Gewerbegebietes Rath-Anhoven	FDP-Fraktion und Fraktion Freie Wähler	14.06.2016 (Rat)	FB 301 – Planen, Bauen, Wohnen	Der Rat hat in seiner Sitzung am 20.12.2016 den Aufstellungsbeschluss für einen BPlan getroffen (TOP 7.14). Der Rat der Stadt Wegberg hat den Erwerb von Teilflächen im Plangebiet beschlossen (ca. 8 ha). Der Fachausschuss hat in seiner Sitzung am 20.03.2018 die Auftragsvergabe für die Erstellung des Bebauungsplanes für die o.g. Teilfläche des Plangebietes beschlossen (TOP 3.7). Der Auftrag wurde vergeben. Im Rahmen des Bauleitplanverfahrens erfolgt ab dem 01.02.2019 die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach dem Baugesetzbuch.	In Bearbeitung VO/0072/18 Umsetzung steht aus
7.	08.02.2017	Konzept sozialer Wohnungsbau	Mühlenbündnis (CDU, AfW und FDP)	21.02.2017 (Rat)	Stabsstelle Quartiersmanagement	Der Antrag wurde vom Rat an den Fachausschuss verwiesen. (TOP 4.5). Der Niederschrift über die Sitzung des WBUV vom 20.03.2018 wurde hierzu eine Mitteilung zum aktuellen Sachstand beigelegt (TOP 1.2). Seitens der CDU-Fraktion wurde hierzu eine Beratungsvorlage gefordert. Nachfrage im WBUV vom 18.12.2018 hinsichtlich einer Zeitschiene (TOP 1.2).	In Bearbeitung

Liste der offenen Anträge

nach § 2 der Geschäftsordnung sowie der Bürgeranträge

für den Ausschuss für Wohnen, Bauen, Umwelt und Vergabe (WBUV)

Stand: 10.01.2019

Lfd.-Nr.	Datum des Antrags	Bezeichnung	Antragsteller	Einbringung ist erfolgt am	Federführender Fachbereich	Bisheriger Verlauf / aktueller Sachstand	Status des Antrages
8.	04.04.2017	Großflächenspielplatz	FDP Fraktion	13.06.2017 (Rat)	Jetzt SEWG	Hierzu wurde in der Sitzung vom 19.09.2017 eine Beratungsvorlage eingebracht. Die SEWG wurde beauftragt mit geeigneten Investoren in Kontakt zu treten. Hierzu erfolgte in der Sitzung am 06.02.2018 eine Mitteilung.	In Bearbeitung VO/4156/17
9.	26.06.2017	Änderung des Bebauungsplans III-4, Arsbeck – Auf dem Kamp	CDU-Fraktion	11.07.2017 (Rat)	FB 301 – Planen, Bauen, Wohnen	In der Sitzung des Rates am 15.02.2018 wurde hierzu der Aufstellungsbeschluss getroffen. Zurzeit erfolgen die Vorbereitungen für die Offenlage des Bebauungsplanentwurfes.	In Bearbeitung VO/0023/18
10.	19.03.2018	Fortschreibung Klimaschutzkonzept	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	08.05.2018 (WBUV)	FB 302 - Umwelt, Verkehr, Abwasser	Der Antrag wurde dem Fachausschuss in der Sitzung am 08.05.2018 zur Kenntnis gebracht.	offen
11	15.05.2018	Anpassung der Straßenbeleuchtung auf der Heiderstraße und der Helpensteinstraße	CDU-Fraktion	03.07.2018 (WBUV)	FB 302 - Umwelt, Verkehr, Abwasser	Der Antrag wurde dem Fachausschuss in der Sitzung am 03.07.2018 zur Kenntnis gebracht (TOP 1.2.2). Herr Gaspers teilte in der Sitzung des WBUV vom 18.12.2018 mündlich mit, dass der Antrag erledigt sei.	erledigt

Liste der offenen Anträge

nach § 2 der Geschäftsordnung sowie der Bürgeranträge

für den Ausschuss für Wohnen, Bauen, Umwelt und Vergabe (WBUV)

Stand: 10.01.2019

Lfd.-Nr.	Datum des Antrags	Bezeichnung	Antragsteller	Einbringung ist erfolgt am	Federführender Fachbereich	Bisheriger Verlauf / aktueller Sachstand	Status des Antrages
12	04.04.2018	Ausweitung der Straßenbeleuchtung in Mehlsbusch	Bürger der Ortschaft Mehlsbusch	03.07.2018 (WBUV)	FB 302 - Umwelt, Verkehr, Abwasser	Der Antrag wurde dem Fachausschuss in der Sitzung am 03.07.2018 zur Kenntnis gebracht (TOP 1.2.3).	offen
13	10.06.2018	Gefahrenstellen durch unzureichende Beleuchtung	Fraktion DIE LINKE	03.07.2018 (WBUV)	FB 302 - Umwelt, Verkehr, Abwasser	Der Antrag wurde dem Fachausschuss in der Sitzung am 03.07.2018 zur Kenntnis gebracht (TOP 1.2.6).	offen
14	01.07.2018	Radschnellweg Wegberg - Mönchengladbach	Fraktion DIE LINKE	04.09.2018 (WBUV)	FB 302 - Umwelt, Verkehr, Abwasser	Der Antrag wurde dem Fachausschuss in der Sitzung am 04.09.2018 zur Kenntnis gebracht. Zum Sachstand erfolgte in der Sitzung des WBUV am 20.11.2018 eine Mitteilung (TOP 3.2).	In Bearbeitung
15	25.11.2018	Fahrradabstellplätze an den Wegberger Bahnhalt punkten	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	18.12.2018 (WBUV)	FB 302 - Umwelt, Verkehr, Abwasser	Der Antrag wurde dem Fachausschuss in der Sitzung am 18.12.2018 zur Kenntnis gebracht.	offen
16	Eingang: 29.11.2018	Bauprojektmanagement	FDP-Fraktion	18.12.2018 (WBUV)	FB 303 – Gebäudewirtschaft	Der Antrag wurde dem Fachausschuss in der Sitzung am 18.12.2018 zur Kenntnis gebracht.	offen
17	07.11.2018	Herbizideinsatz auf gemeindeeigenen Grundstücken	Fraktion DIE LINKE	12.02.2019	FB 304 – Baubetriebshof	Der Antrag wird dem Fachausschuss in der Sitzung am 12.02.2019 zur Kenntnis gebracht.	offen

Liste der offenen Anträge
nach § 2 der Geschäftsordnung sowie der Bürgeranträge
für den Ausschuss für Wohnen, Bauen, Umwelt und Vergabe (WBUV)

Stand: 10.01.2019

Status:

Offen = bisher keine Beratung / Beschlussfassung

In Bearbeitung = Beratung ist erfolgt / Arbeitsauftrag an die Verwaltung wurde erteilt mit anschließender erneuter Beratung/Info im Ausschuss

Erledigt = abschließender Beschluss wurde gefasst, Antrag kann im nächsten Beratungszyklus aus der Liste entfernt werden

Fraktion DIE LINKE.
Am Sportplatz 19
41844 Wegberg



Fraktion DIE LINKE.

Bürgermeister
Michael Stock
Rathausplatz 25
41844 Wegberg

Wegberg, 07.11.2018

Anfrage und Antrag
Herbizideinsatz auf gemeindeeigenen Grundstücken

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir bitten um Beantwortung folgender Fragen in der kommenden Sitzung des Ausschusses Wohnen, Bauen, Umwelt und Vergabe:

Welche Herbizide und Insektizide werden auf städtischen Flächen eingesetzt?
Wird Glyphosat eingesetzt und wenn dem so ist, in welcher Menge geschieht dies?

In Abhängigkeit von dem Ergebnis der Anfrage, berät der Ausschuss im Anschluss nachfolgenden Antrag:

Der Rat der Stadt Wegberg beschließt, dass auf gemeindeeigenen Grundstücken keine glyphosathaltigen Herbizide eingesetzt werden dürfen.

Begründung:

Glyphosat besser bekannt unter dem Handelsnamen „Roundup“, ist das weltweit meist verkaufte Breitbandherbizid, das auch in unserer Kommune von den Landwirten und in Kleingärten verwendet wird.

In Regionen Lateinamerikas, in denen großflächig glyphosatresistente Pflanzen angebaut werden und Glyphosat in hohem Ausmaß als Herbizid eingesetzt wird, gibt es eine erhöhte Rate an Fehlgeburten, Fehlbildungen von Neugeborenen und Krebserkrankungen, die einen Zusammenhang nahelegen. In neuester Zeit hat die Weltgesundheitsorganisation WHO internationale Glyphosatstudien ausgewertet und stuft das Herbizid, das bereits in mehreren Ländern verboten wurde, nunmehr für den Menschen als „wahrscheinlich krebserregend“ ein. Prof. Andreas Kortenkamp, anerkannter Human-Toxikologe von der Brunel University London betonte die Seriosität dieser Neueinschätzung und fordert die zuständigen EU-Behörden auf, entsprechende Maßnahmen zum Schutz der Verbraucher einzuleiten. In diesem Zusammenhang ist auch eine Studie von Frau Prof. Monika Krüger von der Universität Leipzig interessant, die einen Zusammenhang zwischen dem Herbizid und dem weit verbreitenden Rinder- und Kälbersterben in der Landwirtschaft sieht. Ihre Studie belegt zudem, dass bei ca.

70% der Bevölkerung Glyphosat im Urin nachgewiesen werden kann. Allein das finden wir sehr beängstigend, denn in dem menschlichen Körper gehört das Herbizid mit Sicherheit nicht.

Neben diesen Risiken trägt das Herbizid verstärkt zum Artensterben bei, da durch Abtöten der Beikräuter vielen Insekten und damit auch den Feldvogelarten die Nahrungsgrundlage entzogen wird.

Wir sind der Meinung, dass wir nicht abwarten sollten, bis der Gesetzgeber handelt, sondern als Stadt schon heute handeln. Wir wollen dafür sorgen, dass von gemeindeeigenen Grundstücken keine „Glyphosat-Gefahr“ ausgehen kann und den Einsatz von Glyphosat auf unseren Grundstücken untersagen. Wenn auch nur der Verdacht besteht, sollten wir reagieren und vorsichtshalber einen Einsatz auf den Flächen verbieten. Unsere Kinder und Enkelkinder werden es uns sicherlich später danken.



Detlef Kuhr (Fraktionsvorsitz)



Annette Dahmen-Langela (Stellvert. Fraktionsvorsitz)